

Aus der Fraktion

Olaf Lehne (CDU) und Simon Rock (Grüne) zum Haushalt 2024 **Nordrhein-Westfalen zukunftsfest machen**

Der nordrhein-westfälische Landtag hat in 2. Lesung über den Haushaltsentwurf für 2024 beraten. Die Koalition von CDU und GRÜNEN und die von ihr getragene Regierung setzt dabei deutliche Prioritäten bei Kindern, Bildung, Sicherheit und bei Investitionen in die Transformation hin zum klimaneutralen Industriestandort. Dazu die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und GRÜNEN, Olaf Lehne und Simon Rock:

Olaf Lehne (CDU): „Die Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 war aufgrund der Krisen anspruchsvoll. Die Entlastungsprogramme des Bundes, die die Länder und die Kommunen schwer belasten, tragen ihr Übriges dazu bei. Dennoch ist es der Landesregierung gelungen, einen generationengerechten und finanziell nachhaltigen Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 aufzustellen. Dieses Ziel lässt sich nicht ohne Einsparungen und eine klare Schwerpunktsetzung realisieren. Die Bereiche Kinder und Jugend sowie Schule und Bildung bleiben daher von den erforderlichen Kürzungen ausgenommen. Diese Position unterstreichen wir als schwarz-grüne Koalition nochmals, indem wir die genannten Bereiche mit eigenen Änderungsanträgen zusätzlich stärken. Allein 22 Milliarden Euro stehen im kommenden Jahr für den Bereich schulische Bildung zur Verfügung. Jeder fünfte Euro des Landeshaushaltes fließt damit in die Zukunft unserer Kinder und jeder Euro ist gut angelegt. Die Änderungsanträge, die beispielsweise aus den Reihen der SPD stammen, sind für uns inakzeptabel und eignen sich höchstens als Instrument der Oppositionsrhetorik. Es krankt wieder mal an einer seriösen Gegenfinanzierung, konkrete Kürzungen in den Einzelplänen bleibt die SPD weitgehend schuldig.“

Simon Rock (GRÜNE): „Wir erleben eine herausfordernde politische Zeit. Als schwarz-grüne Koalition sorgen wir trotz der vielen Krisen für Stabilität und gestalten trotz der schwierigen Haushaltsslage die notwendigen Veränderungen. Wir investieren daher weiter – in unsere Kinder und Jugendlichen und ihre Bildung sowie in die klimaneutrale Transformation und Erneuerbare Energie. Auch als regierungstragende Fraktionen setzen wir diese Priorisierung mit unseren Änderungsanträgen fort. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit und auch unserer Haushaltsänderungsanträge ist der Einsatz für unsere Demokratie. Wir stärken die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus durch mehrere Etatänderungen. 2024 schaffen wir zudem die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten. Als schwarz-grüne Koalition arbeiten

wir gemeinsam an dem Ziel, die Folgen der Krisen für die Menschen abzumildern und Nordrhein-Westfalen zukunftsfest zu machen.“

*Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von
CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP*

Versorgung und Forschung: Wir wollen die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern

10 bis 15 Prozent aller Frauen leiden unter Endometriose – und den damit verbundenen Einschränkungen. Die Datenlage zu dieser gynäkologischen Krankheit ist bislang nicht ausreichend. Die Ursache ist nicht geklärt, eine Therapie gibt es nicht. Patientinnen sowie Ärztinnen und Ärzte sind oft nicht ausreichend über das Thema aufgeklärt. Die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP wollen die Forschung sowie die medizinische Versorgung verbessern und haben einen entsprechenden Antrag in den Landtag NRW eingebracht.

Dazu erklären **Anke Fuchs-Dreisbach**, CDU-Abgeordnete im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, **Anja Butschkau**, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung der SPD-Fraktion, **İlayda Bostancıeri**, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung der GRÜNEN-Fraktion, und **Franziska Müller-Rech**, Sprecherin für Gleichstellung der FDP-Landtagsfraktion NRW:

„Endometriose ist eine unheilbare Krankheit. Trotzdem wird sie von der Gesellschaft nicht ausreichend wahrgenommen. Betroffene Frauen werden oftmals nicht ernst genommen und berichten zum Beispiel von Problemen am Arbeitsplatz, weil sie vermehrt fehlen, über Schwierigkeiten in der Partnerschaft oder von psychischen Problemen.

Die Krankheit äußert sich durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Symptomen. Zudem ist die Forschungslage nicht ausreichend. Das führt dazu, dass die Diagnose schwierig ist und oft erst Jahre nach dem Auftreten der ersten Anzeichen erfolgt. Es ist unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, die Rahmenbedingungen für Frauen mit Endometriose zu verbessern. Nicht nur Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Fachpersonal, sondern auch die breite Öffentlichkeit muss über dieses Thema besser informiert sein.

Mit unserem gemeinsamen Antrag setzen wir genau da an: Wir beauftragen die Landesregierung, die Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten und medizinischem Personal, die Versorgung der Patientinnen sowie die Forschung zu stärken. Außerdem wollen wir den Aufbau eines Zentrums für Endometriose-Forschung in Nordrhein-Westfalen vorantreiben. Endometriose darf nicht zu einer strukturellen Benachteiligung von Frauen führen.“

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP **Unterstützung für jüdische und israelische Studierende**

Viele jüdische und israelische Studierende fühlen sich aktuell an unseren Hochschulen unsicher. In einem gemeinsamen Antrag drücken die demokratischen Fraktionen ihre Solidarität aus und fassen konkrete Unterstützungsmaßnahmen für die Hochschulen zusammen. Dazu erklären **Raphael Tigges**, Sprecher für Wissenschaft der CDU-Fraktion, **Rodion Bakum**, für die SPD-Fraktion, **Julia Eisentraut**, Sprecherin für Wissenschaft der GRÜNEN-Fraktion, und **Angela Freimuth**, Sprecherin für Wissenschaft der FDP-Fraktion:

„Israelfeindlichkeit und Antisemitismus haben an unseren Hochschulen nichts verloren! Wir dulden es nicht, dass Jüdinnen und Juden ihr Studium in einem Klima der Angst durchführen müssen. Hass und Anfeindungen ihnen gegenüber sind absolut inakzeptabel. Deshalb beauftragen wir die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Hochschulen spezielle Angebote für vom Nahostkonflikt und dem terroristischen Angriff der Hamas betroffene Studierende zu entwickeln. Dazu zählt insbesondere eine psychosoziale Beratung.

Durch Weiterbildungsprogramme für Beraterinnen und Berater, Lehrkräfte und andere Hochschulmitglieder sollen die Hochschulen langfristig für solche Konflikte in der Hochschulgemeinschaft gestärkt werden. An den Hochschulen werden Räume für die Sorgen und Ängste von Menschen mit israelischen und palästinensischen Wurzeln geschaffen. Zudem soll das Hochschulgesetz angepasst werden, um einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Verletzungen für alle Studierenden sicherzustellen.“

Aus der Landesregierung

Oh Tannenbaum: Jeder dritte Weihnachtsbaum stammt aus Nordrhein-Westfalen

In diesen Tagen startet in Nordrhein-Westfalen der Verkauf von Weihnachtsbäumen. Knapp 30 Millionen Bäume werden in Deutschland jedes Jahr gekauft, etwa jeder dritte davon stammt aus Nordrhein-Westfalen. Das Anbaugebiet ist mit rund 16.000 Hektar übrigens das bundesweit größte für Weihnachtsbäume. Früher wurden vor allem Fichten direkt aus dem Wald geschlagen und geschmückt in die eigenen vier Wände gestellt. Doch die Fichtennadeln sind spitz und fallen in warmen Räumen – etwa in geheizten Wohnzimmern – schnell ab. Daher ist heute die gekaufte Nordmanntanne ein beliebter Baum: Ihre Nadeln sind deutlich weicher und halten länger.

Forstministerin Silke Gorißen sagt zum Verkaufsstart von Weihnachtsbäumen: „Der Weihnachtsbaum ist ein jahrhundertealtes Symbol des Lebens und des Lichts. Er bringt uns Freude, Wärme und Behaglichkeit ins Haus und gehört fest zum Weihnachtsfest. Ich empfehle beim Einkauf Bäume, die aus der Region kommen: Sie sind frisch, von hoher Qualität und der Transport erfolgt über kurze Wege.“

Auch in diesem Jahr empfängt Ministerin Silke Gorißen die deutsche Weihnachtsbaumkönigin Sophia Adlberger sowie Vertreter nordrhein-westfälischer Weihnachtsbaumerzeuger im Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Dort wird am Montag, 4. Dezember 2023, gemeinsam mit einer Gruppe von Kindergartenkindern eine über sechs Meter hohe Nordmantanne – in diesem Jahr aus Engelskirchen dem Bergischen Land – geschmückt.

Ministerin Gorißen: „Ich freue mich über den Besuch der deutschen Weihnachtsbaumkönigin und von Kindern einer Kindertagesstätte bei uns im Ministerium: Gemeinsam schmücken wir eine prächtige Nordmantanne aus heimischem Anbau und pflegen die wunderschöne Tradition des Weihnachtsbaumes – ein ganz besonderes Erlebnis zur Adventszeit.“

Weihnachtsbäume im Topf – nicht unbedingt besser für die Umwelt

Wer einen Baum im Topf bevorzugt, um ihn zum Beispiel nach der Weihnachtszeit in den Garten zu pflanzen, sollte folgendes beachten: Bäume, die wochenlang in der Wohnung stehen, wachsen nur selten wieder im Garten an. Zudem gibt es bei Topfbäumen noch einen weiteren Nachteil: Werden die Bäume im Anbaubereich mitsamt ihren Wurzelballen aus der Erde gestochen, trägt man dabei auch fruchtbaren Oberboden ab. Im Oberboden sind besonders viele Mikroorganismen und Nährstoffe. Da er die Basis für gesundes Pflanzenwachstum ist, hat seine Zerstörung weitgehende Folgen. Und nicht nur die Nährstoffe des Bodens gehen verloren: Ist der Boden stark aufgelockert, könnten sogar größere Erdmassen durch Starkregen weggeschwemmt werden.

Viele Weihnachtsbäume sind heute übrigens auch mit dem so genannten PEFC-Siegel ausgestattet: Mit diesem Zertifikat wird der Nachweis erbracht, dass der Baum unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte bewirtschaftet wurde.

Bloß nicht auf eigene Faust „wild“ Bäume schlagen

Den Weihnachtsbaum selbst zu schlagen, ist ein besonderes Erlebnis für die ganze Familie. Allerdings sollte dies immer in Absprache mit der Besitzerin oder dem Besitzer des Waldes erfolgen. Denn auf eigene Faust in den benachbarten Wald zu fahren und dort „wild“ einen Baum zu schlagen, schadet der Natur und ist illegal – es droht dann eine Geldstrafe.

Hintergrund

Der beliebteste Weihnachtsbaum ist die Nordmantanne, gefolgt von Blaufichte und Nobilis. Rund 600 Weihnachtsbaum-Produzenten gibt es in Nordrhein-Westfalen.

Das geht vom Familienbetrieb bis zum Unternehmen mit 150 Helfern. Laut der traditionellen Weihnachtsbaumproduzenten werden pro 100 Hektar Weihnachtsbaum-Kultur mindestens zehn bis zwölf Helfer benötigt. Mitte Dezember endet die Ernte der Weihnachtsbäume. Dann kehrt zunächst weihnachtliche Stille in den Kulturen ein, bevor die Arbeit im neuen Jahr wieder startet.

Zur deutschen Weihnachtsbaumkönigin:

Die Deutsche Weihnachtsbaumkönigin wird für zwei Jahre von einer Jury des Bundesverbandes der Weihnachtsbaumerzeuger gewählt. Seit 2022 ist Sophia Adlberger die Deutschen Weihnachtsbaumkönigin. Sophia Adlberger ist ursprünglich am Christbaumhof Rauchenberg südlich von München zu Hause und konnte schon von klein an Erfahrungen mit dem Christbaum sammeln. Die Weihnachtsbaumkönigin kam auch schon aus Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel von 2019 bis 2021 aus Steinfurt.

Minister Laumann ruft anlässlich des Welt-Aids-Tags 2023 zum Abbau von Diskriminierung auf

Am Freitag, 1. Dezember 2023, findet der Welt-Aids-Tag statt. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Leben mit HIV. Anders als du denkst?“.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Menschen mit HIV oder Aids sind leider immer noch viel zu oft Diskriminierung ausgesetzt. Ursache sind häufig Vorurteile und Unwissenheit. Wir sind alle gemeinsam gefordert dagegen vorzugehen und ein Klima zu schaffen, in dem betroffene Menschen frei von Diskriminierung leben können. Denn es gibt keinen Grund für Ängste oder Abstand – Zusammenhalt und Aufklärung sind der Schlüssel zu einer solidarischen Gesellschaft.“

Im Jahr 2022 gab es in Nordrhein-Westfalen mit rund 591 Neudiagnosen 88 Diagnosen mehr als im Vorjahr. Jedoch lässt sich über die letzten Jahre eine sinkende Zahl an Neudiagnosen beobachten. Ende des Jahres 2021 lebten rund 19.400 Menschen mit HIV oder Aids in Nordrhein-Westfalen – knapp 3.750 waren weiblich, etwa 15.700 männlich. Neuere Zahlen des Robert Koch-Instituts, insbesondere zu den tatsächlichen HIV-Neuinfektionen, werden Anfang des Jahres 2024 veröffentlicht.

Vorurteile können das Leben der Menschen mit HIV beeinträchtigen. Die Angst vor einer möglichen HIV-Diagnose sowie die Angst vor Diskriminierung können zu einem Hemmnis werden, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Dabei verringert eine frühzeitige HIV-Diagnose das Risiko schwerwiegender Erkrankungen. In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der Menschen mit HIV, die erst in späteren Stadien diagnostiziert werden, konstant hoch. Es ist gemäß Berechnungen des Robert Koch-Instituts (RKI) davon auszugehen, dass 91 Prozent der Menschen mit HIV leben, ohne von ihrer Infektion zu wissen. HIV ist nicht heilbar. Menschen mit HIV haben aber dank einer

Therapie, welche die Virusvermehrung unterdrückt, gute Chancen auf eine normale Lebenserwartung bei guter Lebensqualität. Wenn sich Interessierte testen lassen wollen, stehen ihnen zahlreiche Testangebote für HIV/AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten, welche von den Gesundheitsämtern, Aidshilfen und Arztpraxen bereitgestellt werden, zur Verfügung. In dem vom Land geförderten Informationsportal https://www.hiv-sti-test.nrw/front_content.php können sich Ratsuchende über die Angebote an ihrem Wohnort und in den angrenzenden Regionen informieren.

Das Land Nordrhein-Westfalen ergreift zahlreiche Präventionsmaßnahmen für verschiedene Personengruppen, die besonders von HIV und AIDS betroffen sind. Zu den Präventionsmaßnahmen zählen unter anderem auch Netzwerk- und Aufklärungsarbeit, welche durch verschiedene Projekte und Peer-to Peer-Work gefördert werden. Ein besonderer Schwerpunkt bildet dabei die Förderung von Youthwork NRW. Damit wird die sexualpädagogische Aufklärung von Jugendlichen mit dem Schwerpunkt sexuelle Gesundheit vorangetrieben und weiterentwickelt.

Einigkeit bei Ministerpräsident Wüst und EU-Kommissar Schmit: Unternehmen brauchen mehr denn je Planungssicherheit

Am Donnerstag hat Ministerpräsident Hendrik Wüst den EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte Nicolas Schmit in Düsseldorf zu einem Austausch getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Transformation der Wirtschaft und der Fachkräftemangel. Zum Zuständigkeitsbereich von Kommissar Schmit gehören die Aufsicht über die Arbeiten der EU-Kommission bei der Kompetenzagenda zur Behebung des Fachkräftemangels sowie der Europäische Sozialfonds+ für mehr Arbeitsplätze, Produktivität und Mobilität.

Ministerpräsident Hendrik Wüst machte deutlich, dass Nordrhein-Westfalen bis 2045 erstes klimaneutrales Industrieland in Europa werden wolle. „Wir wollen Klimaschutz und die Industrie mit ihren guten Arbeitsplätzen versöhnen. Dabei sind wettbewerbsfähige Energiepreise entscheidend,“ betonte er. Für eine gelingende Transformation setze sich die Landesregierung intensiv für wettbewerbsfähige Strompreise für die Wirtschaft ein, wie auch in der Brüsseler Erklärung der Ministerpräsidentenkonferenz oder Chemie-Allianz gefordert.

Ministerpräsident Wüst warnte zudem vor Verunsicherung der Unternehmen: „Die Bundesregierung hat unserer Wirtschaft fest zugesagt, dass alle Förderzusagen eingehalten werden. Dieses Wort muss Bestand haben.“ Ministerpräsident Wüst und Kommissar Schmit waren sich einig: Unternehmen brauchen nun mehr denn je Planungssicherheit. „Auch eine Unterstützung der Kommission wäre hier hilfreich“, so

der Ministerpräsident. „Strompreisentlastungen für energieintensive deutsche Unternehmen können nur tragfähige, temporäre Brücke sein, wenn sie EU-beihilfekonform sind.“

Kommissar Schmit stimmte insbesondere der nordrhein-westfälischen Forderung nach einem vorausschauenden Ansatz in der Kohäsionspolitik und dahingehend angepasste Unterstützung der Transformation auch für stärker entwickelte Regionen – wie Nordrhein-Westfalen – zu. Kohäsionspolitik müsse möglichen rückläufigen Entwicklungen frühzeitig entgegenwirken, es gehe dabei auch um viele Arbeitsplätze.

„Nordrhein-Westfalens Industrie ist das Herz der Wirtschaft Europas und der Motor für gut bezahlte Arbeitsplätze. Gute Arbeitsplätze sind das Fundament einer stabilen und demokratischen Gesellschaft. Fachkräftesicherung ist eine dringende europäische Herausforderung. Ohne ausreichende Fachkräfte kann die Transformation nicht gelingen. Deshalb sind Initiativen der Kommission – wie etwa die Schaffung eines EU-Talentpools – von besonderer Bedeutung,“ so Ministerpräsident Wüst.

Alleine in der Chemie- und Metallbranche in Nordrhein-Westfalen sind rund 1,1 Millionen Menschen in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen.

Fachkräfteoffensive NRW: Landesregierung plant den Europäischen Sozialfonds in Nordrhein-Westfalen neu auszurichten

Stärkere Konzentration auf Programme zur Integration von jungen Menschen in Ausbildung und Arbeit

In Nordrhein-Westfalen werden mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union Vorhaben zur Förderung von Beschäftigung umgesetzt. Die Landesregierung plant die Mittel wegen der drängenden Herausforderung der Fachkräftegewinnung ab 2024 stärker auf Programme zur Integration von Menschen in Ausbildung und Arbeit zu konzentrieren. Insbesondere die 36.000 jungen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen in berufsvorbereitenden Maßnahmen des Übergangssektors stecken, sollen dadurch eine konkrete berufliche Perspektive erhalten. Dies hat der ESF-Begleitausschuss, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, Sozialverbände, kommunalen Spitzenverbände, Fraktionen des Landtags, Bundesagentur für Arbeit, ESF-Verwaltungsbehörde, der Bezirksregierungen und Ressorts der Landesregierung zusammensetzt, am Dienstag, 28. November 2023, beschlossen. Die Europäische Kommission muss dem noch zustimmen, die Umsetzung kann jedoch bereits erfolgen.

Arbeitsminister Laumann: „Nur mit genug Fachkräften werden wir die digitale und ökologische Transformation erfolgreich umsetzen können. Immer öfter können Unternehmen offene Stellen jedoch nicht besetzen. Dabei schlummern erhebliche ungenutzte Potenziale in unserem Land. Dazu gehören insbesondere Jugendliche mit Startschwierigkeiten. Wir müssen so viele von ihnen wie möglich in Ausbildung und Arbeit führen. Das klappt bisher noch nicht gut genug. Es müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um diese jungen Menschen mit den Unternehmen zusammenzuführen. Dies hat oberste Priorität und ist ein wichtiger Baustein, mit dem wir die Fachkräfteoffensive NRW weiter vorantreiben.“

Jeweils 40 Millionen Euro sollen in der laufenden ESF-Förderphase 2021-2027 ab 2024 aus dem ESF in die Programme „Berufseinstiegsbegleitung“ und „Übergangslotsen“ fließen. Jährlich sind das je Programm rund zehn Millionen Euro. Für die Berufseinstiegsbegleitung stehen im Landeshaushalt im Jahr 2024 weitere rund 16 Millionen Euro zur Verfügung. Die Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter unterstützen die Schülerinnen und Schüler ab der Vorabgangsklasse in Haupt- oder Förderschulen beim erfolgreichen Erlangen eines Schulabschlusses, der Ausbildungsplatzsuche und in den ersten Monaten der Ausbildung. Die Übergangslotsen nehmen Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs und Berufsfachschulen, dem so genannten Übergangssektor, in den Blick und bringen sie gezielt mit Ausbildungsbetrieben zusammen.

Zudem stellt die Landesregierung bereits jährlich rund 17 Millionen Euro EU- und Landesmittel für das landesweite Programm „Ausbildungswege NRW“ bereit, mit dem unversorgte, ausbildungsinteressierte junge Menschen mithilfe von Coaches für eine duale Ausbildung gewonnen und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt werden.

Mit diesen drei Programmen zur Förderung der Integration junger Menschen in die berufliche Ausbildung investiert die Landesregierung in 2024 über 50 Millionen Euro aus Landes- und ESF-Mitteln.

Da die Mittelzuweisungen des ESF an Nordrhein-Westfalen trotz zunehmender Herausforderungen nicht steigen, sondern in dieser Förderperiode sogar geringer ausfallen als in der Vergangenheit, müssen die Mittel für die neue Fokussierung der Landesarbeitsmarktpolitik durch Umschichtungen erfolgen. Dabei geht das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit großem Augenmaß vor: In Anbetracht des in vielen Regionen bestehenden Überhangs an Ausbildungsplätzen soll die Verbundausbildung, die vor allem auf die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ausgerichtet ist, nicht über dieses Jahr hinaus weiterfinanziert werden. Zum Jahresende sollen zudem die Potential- und Transformationsberatung sowie der betriebliche Zugang zum Bildungsscheck eingestellt werden. Die Inanspruchnahme der Förderprogramme von Unternehmen hat über die Jahre immer weiter abgenommen. Zudem stehen seitens des Bundes ähnliche Förderprogramme zur Verfügung.

Bereits erfolgte Bewilligungen für die Verbundausbildung sowie die Potential- und Transformationsberatung sollen für den Zeitraum der Bewilligung weiterlaufen und ausgegebene Bildungsschecks weiterhin eingelöst werden können.

Mit dieser Neuausrichtung konzentriert und stärkt die Landesregierung ihre Maßnahmen zur Vermittlung in Ausbildung und Arbeit insgesamt weiter.

Geothermie in Münster: Land Nordrhein-Westfalen fördert klimafreundliches Modellprojekt mit 5,7 Mio. Euro

Ministerin Neubaur: Stadt und Stadtwerke Münster treiben die Wärmewende mutig voran, das hat Modellcharakter für Nordrhein-Westfalen

Die Stadtwerke Münster führen im Winter 2024 detaillierte 3D-Seismik-Messungen durch, um Geothermie-Potenziale im Stadtgebiet zu erfassen. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt das Modellprojekt mit 5,7 Millionen Euro. Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur überreichte den Förderbescheid am Dienstag, 28. November 2023, an die Stadtwerke. Münster wird damit landesweiter Vorreiter für eine klimaneutrale Wärmewende mithilfe erneuerbarer Erdwärme.

Den Grundstein für das Modellprojekt legte die vom Land finanzierte 2D-Seismik-Messung im Jahr 2021, die bereits großflächig die Potenziale für Geothermie im Münsterland untersucht hat. Nun folgen detaillierte Messungen, die ein dreidimensionales Bild des Untergrunds zeichnen. Dabei untersuchen und kartieren sogenannte Vibro-Trucks den Untergrund mit Hilfe von Schallwellen. Ziel ist es, die Erfolgchancen von anschließenden Geothermie-Bohrungen zu steigern und damit klimafreundliche und regionale Erdwärme zu erschließen.

Energie- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Aus Daten werden Projekte. Mit den landesfinanzierten Voruntersuchungen servieren wir den Kommunen in Nordrhein-Westfalen erste, wichtige Erkenntnisse über Erdwärme-Potenziale auf dem Silbertablett. Daher freut es mich umso mehr, dass die Stadtwerke Münster den nächsten Schritt gehen und eine Investitionsentscheidung für eine klimaneutrale Wärmeversorgung der Zukunft getroffen haben.“

Erdwärme ist erneuerbar und steht ganzjährig rund um die Uhr zur Verfügung. Mit diesen Merkmalen kann die Geothermie zu einer zentralen Säule der Wärmewende werden. Deshalb hat der Rat der Stadt Münster die Stadtwerke beauftragt, die Geothermie als Quelle für die zukünftige Wärmewende zu entwickeln.

Hintergründe zur Geothermie:

Bei der hydrothermalen Geothermie wird natürlich vorkommendes Tiefenwasser aus mindestens 400 Meter Tiefe durch eine Förderbohrung an die Oberfläche gepumpt.

Unter Münster liegen drei potenzielle Gesteinsformationen: Der erste sogenannte Horizont liegt bei ca. 1.500 Meter. Hier wird von mitteltiefer Geothermie gesprochen. Die weiteren Horizonte liegen bei ca. 4.500 bzw. 6.000 Metern, der sogenannten tiefen Geothermie. Je tiefer, desto höher die Temperatur, die in das Fernwärmenetz eingespeist werden kann. Pro 100 Meter Tiefe steigt die Temperatur des Untergrundes um etwa drei Grad Celsius.

Der Geologische Dienst NRW startete im Jahr 2021 im Auftrag des Landes mit einer seismischen Erkundung (2D-Seismik) des Untergrunds im zentralen Münsterland mit Hilfe von sogenannten Vibro-Trucks. 2022 wurde das Rheinland zwischen Düsseldorf und Duisburg sowie eine Linie von Schwalmatal über Viersen, Tönisvorst und Krefeld bis zum Elfrather See untersucht. Im Herbst 2023 ist die Region am Niederrhein Ziel der laufenden Messungen.

30-Millionen-Euro-Programm für bessere Gesundheitsversorgung! Förderschub für kluge Ideen, die Nordrhein-Westfalen gesünder machen

In der ersten Förderrunde wurden jetzt 19 Projekte ausgewählt. Zugleich startet der Innovationswettbewerb Gesünder.IN.NRW in die zweite Runde

Der Innovationswettbewerb „Gesünder.IN.NRW“ fördert forschungsintensive Innovationen aus Nordrhein-Westfalen, um die Gesundheitsversorgung noch besser zu machen. In der ersten Runde wurden jetzt 19 Projekte ausgewählt, die mit insgesamt rund 30 Millionen Euro vom Land Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union unterstützt werden. Am Freitag, 1. Dezember 2023, beginnt außerdem die zweite von drei Runden des Innovationswettbewerbes, der Teil des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027 ist. Erneut können Projekte mit insgesamt rund 30 Millionen Euro gefördert werden. Der Wettbewerb adressiert wissens- und forschungsintensive Themen aus Spitzenmedizin, Medizintechnik, Lebenswissenschaften (etwa Biologie, Chemie, Biochemie und Bioinformatik), Ernährungswissenschaften und Pharmazie.

Das Spektrum der in der ersten Runde ausgewählten Projekte ist groß: Am Fraunhofer Institut für Lasertechnik in Aachen arbeiten zum Beispiel Forscherinnen und Forscher federführend daran, ein hochpräzises Operationssystem für von Tumoren befallenen Kieferknochen zu entwickeln. Ein weiteres Projekt zielt darauf ab, effizienter temperatur-resistente Impfstoffe herzustellen, um im Falle einer Pandemie die Impfstofflogistik zu erleichtern. Ein Vorhaben entwickelt eine interaktive Plattform für Menschen, die häusliche Pflegearbeit zum Beispiel von Angehörigen leisten. Die Plattform soll mittels KI unter anderem personalisierte Pflegeinformationen und psychosoziale Hilfe anbieten. Ein Projekt hat zum Ziel, eine nachhaltige und digitale Prozesskette zu schaffen, um individualisierte Unterschenkel-Fuß-Orthesen zu konzipieren und herzustellen.

Ministerin Ina Brandes: „Die Frage, wie wir mit kranken und pflegebedürftigen Menschen umgehen, ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Das Programm Gesünder.IN.NRW ermöglicht und beschleunigt den Transfer von exzellenter Forschung ‚made in Nordrhein-Westfalen‘ in die praktische Nutzung. Kleine und mittlere Unternehmen werden uns mit ihrer hohen Innovationskraft und schnellen Entscheidungen helfen, kluge Ideen bis zur Marktreife zu entwickeln. Das macht das Leben der Menschen besser und stärkt den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.“

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Innovative Unternehmen haben gemeinsam mit Forschungs- und Versorgungseinrichtungen beeindruckende Projektskizzen vorgelegt: Sensortechnologie für die Frühgeborenen-Überwachung, Virtual Reality für das OP-Training sowie Biotechnologie zur Entwicklung bioresorbierender Werkstoffe – vielfältige Spitzentechnologien für spezielle Anwendungen in der Medizin. Mit unserer Förderung erreichen wir eine noch bessere Versorgung von Patientinnen und Patienten und unterstützen gleichzeitig die Weiterentwicklung wichtiger Zukunftstechnologien, die künftig auch für andere Anwendungen nutzbar sein können. Damit stärken wir die Innovationskraft der Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und deren Kompetenzen in den Spitzentechnologien des 21. Jahrhunderts.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: „Unser Gesundheitswesen steht in Zeiten des Fachkräftemangels und einer alternden Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Um damit umgehen zu können, setzen wir in Nordrhein-Westfalen auch auf Innovationen: Mit Gesünder.IN.NRW nehmen wir insgesamt 100 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln in die Hand, um die Entwicklung von neuen Produkten, Technologien und Dienstleistungen durch Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern. Ich bin davon überzeugt, dass die sehr vielfältigen und wissenschaftliche Disziplinen überschreitenden Projekte, die wir jetzt in der ersten Runde auszeichnen konnten, ihren Teil dazu beitragen werden, die medizinische und pflegerische Versorgung in unserem Land zu verbessern.“

Umweltminister Oliver Krischer: „Die Klimakrise wird immer mehr zur Belastung für Mensch, Umwelt und Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Durch extreme Hitzeperioden und weitere belastende Wetterereignisse hat sie eine elementare Auswirkung auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen in der Stadt und auf dem Land. Die ausgewählten Projekte beweisen: Aus Nordrhein-Westfalen kommen nachhaltige Innovationen, die auch langfristig die Lebensqualität der Menschen verbessern werden.“

Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Silke Gorißen: „Wir wollen mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung begeistern. Viel Potenzial steckt in der Gemeinschaftsverpflegung oder der Planung unserer Mahlzeiten. Ich freue mich daher, dass der Innovationswettbewerb ‚Gesünder.IN.NRW‘ auch beim Thema Ernährung ansetzt und hier gute Förderungen anbietet. Wer sich gesund ernährt, lebt besser.“

Der Wettbewerb und die zweite Runde

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen setzt den Innovationswettbewerb „Gesünder.IN.NRW“ als koordinierendes Ressort gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr sowie dem Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz um.

Die Gesundheitsförderung und -versorgung in der Fläche, die Prävention sowie die nachhaltige und gesunde Ernährung gehören zu den Schwerpunkten des Wettbewerbs. Die Chancen der Digitalisierung sollen bestmöglich zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen genutzt werden.

Ziel ist es, neue Ideen und Konzepte aus Wissenschaft und Wirtschaft für innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und ihren Transfer zur Marktreife zu beschleunigen. In die Bewertung fließen auch Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Entwicklung neuer klima-, umwelt-, und ressourcenschonender Verfahren, Techniken und Methoden ein.

Der Wettbewerb richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Großunternehmen in Zusammenarbeit mit KMU, kommunale Unternehmen und Einrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Kammern, Vereine und Stiftungen. Jedes Vorhaben muss in Form einer Kooperation von mindestens einem KMU mit weiteren Teilnahmeberechtigten gemeinsam durchgeführt werden und im Einklang mit der Regionalen Innovationsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen 2021-2027 stehen.

Projektskizzen mit innovativen und kreativen Ideen können in drei Einreichungsrunden bis 2024 abgegeben werden. Insgesamt stehen rund 100 Millionen Euro bereit. In der nun gestarteten zweiten Einreichungsrunde können Projektskizzen bis zum 1. März 2024 bei der Innovationsförderagentur NRW online eingereicht werden. Weitere Informationen, Voraussetzungen, Unterlagen sowie Termine zu digitalen Informationsveranstaltungen finden Sie unter <https://www.in.nrw/gesuender> und <http://www.efre.nrw.de/foerderbekanntmachungen>.

Zum Hintergrund:

Für zukunftsweisende, nachhaltige und innovative Vorhaben in Nordrhein-Westfalen steht aus dem EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 ein Investitionsvolumen von insgesamt 4,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Es speist sich aus 1,9 Milliarden Euro EU-Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Just Transition Fund (JTF) sowie der Ko-Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und Eigenanteilen der Projekte. Unterstützt werden Vorhaben aus den Themenfeldern Innovation, Nachhaltigkeit, Mittelstandsförderung, Lebensqualität, Mobilität und Strukturwandel in Kohlerückzugsregionen. Weitere Informationen unter www.efre.nrw.